

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 223-2018
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2018.RRGR.654

Eingereicht am: 04.11.2018

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Egger (Hünibach, SP) (Sprecher/in)
Veglio (Zollikofen, SP)
Marti (Bern, SP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 22.11.2018

RRB-Nr.: 280/2019 vom 20. März 2019
Direktion: Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Annahme und gleichzeitige Abschreibung**



Kein BKW-Strom mit Kohle aus Skandalminen!

Der Regierungsrat wird beauftragt, im Namen des Kantons Bern als Hauptaktionär der BKW zu bewirken, dass der bernische Energiekonzern ausschliesslich Strom aus Produktionen bezieht und handelt, bei denen die Menschenrechte eingehalten werden und die keine Umweltzerstörung zur Folge haben.

Begründung:

Dem Sonntagsblick vom 7. Oktober 2018 konnte entnommen werden, dass die BKW zu einem Drittel am Steinkohlekraftwerk Engie in Wilhelmshaven beteiligt ist. Im Artikel wurde glaubhaft dargelegt, dass in diesem Kraftwerk Kohle aus äusserst fragwürdigen Minen, wie z. B. derjenigen im kolumbianischen Cerrejón, verarbeitet wird. Diese Mine ist laut Angaben von Swissaid «berühmt für ihre massiven Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung». Die lokale Bevölkerung lebt in bitterer Armut und leidet unter Zwangsumsiedlungen und der zerstörten Natur. Gemäss Artikel haben Gewerkschafter und Aktivisten in Kolumbien ihr Leben verloren, weil sie gegen den Ausbau einer Mine protestierten oder sich dafür einsetzten, dass Kleinbauern ihr Land zurückerhalten.

Dies kann und darf nicht im Sinne des Kantons Bern und der Strombezügerinnen und Strombezüger sein. Der Grosse Rat hat bisher die Aktienmehrheit des Kantons an der BKW unterstützt,

weil er es als staatliche Aufgabe erachtete, die sichere Versorgung des Kantons Bern mit sauberem Strom sicherzustellen. Beteiligungen an Firmen, die bewusst die beschriebenen Missstände zwecks Gewinnmaximierung hinnehmen, schaden nicht nur der BKW, sondern auch dem Ansehen des Kantons Bern und müssen unterbunden werden.

Begründung der Dringlichkeit: Die Brisanz der Angelegenheit erfordert eine möglichst rasche Kurskorrektur der BKW.

Antwort des Regierungsrates

Der Regierungsrat teilt vollumfänglich die Haltung des Motionärs und der Motionärinnen, dass die geschilderten Missstände in einer Kohlemine in Kolumbien in jeder Hinsicht inakzeptabel sind. Die Einhaltung der Menschenrechte und die Sicherstellung von Nachhaltigkeit und Transparenz müssen auch beim Kohleabbau garantiert sein. Dies fordert denn auch die BKW ein, wie das Unternehmen dem Regierungsrat auf Anfrage bestätigt hat.

Die BKW AG ist am Kohlekraftwerk ENGIE in Wilhelmshaven mit 33 Prozent als Minderheitsaktionärin beteiligt. Neben der BKW sind der französische Energieversorgungskonzern ENGIE SA mit gut 52 Prozent und die Wuppertaler Stadtwerke mit 15 Prozent am Kraftwerk beteiligt. Laut BKW liegt die Betriebsführung des Kraftwerks Wilhelmshaven einschliesslich der Kohlebeschaffung beim Mehrheitsaktionär ENGIE. Im Rahmen der geltenden Verträge sind die Möglichkeiten der BKW zur Einflussnahme eng begrenzt. So hat die BKW kein Anrecht darauf, von ENGIE Auskunft über die Herkunft der in Wilhelmshaven verwendeten Kohle zu verlangen. Dennoch hat die BKW von Beginn an die wichtigen Themen Menschenrechte und Umweltstandards aufgenommen und verlangt für die Kohlebeschaffung die Einhaltung der im ENGIE-Verhaltenskodex festgehaltenen Standards.

Auch die ENGIE SA nimmt als Gründungsmitglied der Initiative Bettercoal (siehe <https://bettercoal.org>) ihre soziale Verantwortung sehr ernst. Seit Jahren bekennt sich ENGIE aktiv dazu, die Geschäftsethik innerhalb der Kohlelieferkette und damit auch die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Minenarbeiter zu verbessern, ebenso die Umweltaspekte. ENGIE steht in engem Kontakt zu ihren Kohlelieferanten wegen dieser Themen.

Bettercoal hat 2014 die Durchführung von Assessments eingeführt, die auf dem Bettercoal Code basieren und dazu führen, dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Minen verbessert werden. Gemäss ENGIE hat vor kurzem auch ein Assessment durch Bettercoal bei der Mine Cerrejon stattgefunden. Der Bericht von Bettercoal wurde inzwischen veröffentlicht (siehe <https://bettercoal.org/producers/cerrejon-coal-company/>). Der Bericht zeigt, dass die Cerrejón-Mine Anstrengungen im Bereich Corporate Social Responsibility unternimmt, aber noch nicht sämtliche Prinzipien der Bettercoal Initiative erfüllt. Deshalb wurde eine Continuous Improvement Plan ausgearbeitet, der weitere Verbesserungen bringen soll und dessen Umsetzung wiederum überprüft werden wird.

Wie bereits in der Antwort zur Interpellation 036-2012 Grimm/Hofmann in diesem Kontext ausgeführt, sieht der Regierungsrat keinen Anlass, sich in den unternehmerischen Entscheid der BKW, die Beteiligung am Projekt Wilhelmshaven aufrecht zu erhalten, einzumischen. Die BKW ist sen-

sibilisiert und der Regierungsrat hat über die zuständige Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion klar gefordert, dass das Unternehmen alles im Rahmen seiner unternehmerischen und rechtlichen Möglichkeiten unternimmt, damit es ausschliesslich Strom aus Produktionen bezieht und handelt, bei denen die Menschenrechte eingehalten und die Grundsätze des Umweltschutzes befolgt werden. Die BKW verfolgt dieses Ziel konsequent.

Verteiler

- Grosser Rat